P r o t o k o l l
über die öffentliche Sitzung
des Ausschusses für Schule, Soziales, Jugend und Sport
der Stadt Georgsmarienhütte vom 30.11.2023
Rathaus, Oeseder Straße 85, Sitzungsbereich im Erdgeschoss,

Anwesend:

Vorsitz

Krüger, Sebastian

Mitglieder

Flaßpöhler, Mike

Heyl, Sascha

Kaulingfrecks, Doris

Obermeyer, Udo

Ortmeyer, Mark

Petzille, Christina

Rathsmann, Volker

Rosemann, Sabrina

Schriewer, Carsten

Spreckelmeyer, Margit

Többen, Reinhard

Vertretung für Herrn Kasselmann

Welkener, Jörg

Verwaltung

Happe, Cordula

Leiterin Fachbereich III

Dreier, Michael

Abteilungsleiter Bildung und Sport

Von der Heide, Alexander

Abteilungsleiter Soziales und Jugend

Gleichstellungsbeauftragte

Häring, Susanne

Protokollführung

Seifart, Jana

Willebrand, Nadja

Fehlende Mitglieder

Kasselmann, Jens

vertreten durch Herrn Többen

Hinzugewählte

Keiser-Scheer, Maria

Fehlende Hinzugewählte

Reinhardt, Mark

Vinke, Sven

Winneke, Heike

Beginn: 18:15 Uhr

Ende: 19:30 Uhr

Tagesordnung

TOP	Betreff
1.	Eröffnung, Begrüßung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Ladung, der Anwesenheit, der Beschlussfähigkeit und der Tagesordnung
2.	Genehmigung des Protokolls Nr. FB III/08/2023 über die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Schule, Soziales, Jugend und Sport am 09.11.2023
3.	Wichtige Mitteilungen der Verwaltung
3.1.	Zur Finanzierung von Empowermentworkshops der Kath. Landvolkhochschule Oesede im Rahmen der Leader-Fördermittel
4.	Rückblick Ferienpass und Schulferienbetreuung 2023 Vorlage: MV/026/2023
5.	Finanzielle Unterstützung für die dezentrale Flüchtlingssozialarbeit - Antrag der Caritas Vorlage: BV/194/2023
6.	Änderung der Richtlinien für die Herausgabe des Georgsmarienhütter Familienpasses und des Georgsmarienhütter Hüttenpasses ab 01.01.2024 Vorlage: BV/206/2023
7.	Entwurf des Budgets 2024 für den Fachbereich III, Teilhaushalte Bildung, Sport, Soziales und Jugend Vorlage: MV/021/2023
7.1.	Entwurf des Budgets 2024 für den Fachbereich III, Teilhaushalte Bildung, Sport, Soziales und Jugend/Ergänzung Vorlage: MV/021/2023/1
8.	Beantwortung von Anfragen
9.	Anfragen
9.1.	Treppenstufen an der Antoniuschule
9.2.	Weiterleitung von Anträgen der CDU-Fraktion zum Haushalt

1. Eröffnung, Begrüßung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Ladung, der Anwesenheit, der Beschlussfähigkeit und der Tagesordnung

Der Ausschussvorsitzende Herr Krüger eröffnet die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Schule, Soziales, Jugend und Sport und begrüßt die Anwesenden. Insbesondere begrüßt er drei Zuhörerinnen aus Ungarn, Kroatien und Finnland, die im Rahmen des politischen Austauschprogramms YEPs (Young Elected Politicians), an dem auch das Ausschussmitglied Frau Rosemann teilnimmt, die heutige Sitzung verfolgen werden. Er stellt die Ordnungsmäßigkeit der Ladung, die Anwesenheit und die Beschlussfähigkeit fest.

Zur Tagesordnung vom 16.11.2023 werden keine Anmerkungen vorgetragen. Die Tagesordnung wird einstimmig festgestellt.

Entsprechend § 9 der Geschäftsordnung des Rates fragt der Vorsitzende an die anwesenden Einwohnerinnen und Einwohner gerichtet, ob jemand zu einem Tagesordnungspunkt gehört werden möchte. Es meldet sich Frau Schulenberg-Roth, die zu TOP 7 gehört werden möchte.

2. Genehmigung des Protokolls Nr. FB III/08/2023 über die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Schule, Soziales, Jugend und Sport am 09.11.2023

Zu Form und Inhalt des Protokolls werden keine Anmerkungen vorgetragen.

Folgender Beschluss wird einstimmig gefasst:

Das Protokoll Nr. FB III/08/2023 über die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Schule, Soziales, Jugend und Sport am 09.11.2023 wird genehmigt.

3. Wichtige Mitteilungen der Verwaltung

3.1. Zur Finanzierung von Empowermentworkshops der Kath. Landvolkhochschule Oesede im Rahmen der Leader-Fördermittel

Sprache ist der zentralste Bestandteil der Interaktion und Kommunikation zwischen Menschen. Menschen, die u. a. aus Fluchtgründen in ein anderes Land migrieren, dessen Sprache sie nicht oder nur kaum sprechen, haben kaum Möglichkeiten den Alltag eigenständig zu gestalten, am gesellschaftlichen Leben teilzunehmen oder sich auch um Jobs bzw. qualifizierte Jobs zu bemühen. Um das neue Land und seine Leute kennen zu lernen, reicht aber das Kennen der Worte und Grammatik allein nicht aus. Wichtige Elemente sind dabei auch Aspekte wie die Rechtsordnung, Geschichte und Kultur, Rechte und Pflichten, Formen des Zusammenlebens in der Gesellschaft und die Werte, die dem Land wichtig sind wie zum Beispiel bei uns Religionsfreiheit, Toleranz und Gleichberechtigung von Frauen und Männern.

Sobald mehr über das Land und die Menschen bekannt ist, kann theoretisch ein Schritt in die Gesellschaft gemacht werden – aber hier stellt sich immer die Frage des Wies:

- Wie komme ich ins Gespräch?
- Wie lerne ich neue Menschen – neue Freunde – kennen?
- Wie bleibe ich mir dabei selber auch treu?

Von daher ist es wichtig, die Menschen zu befähigen, mit Mut und Selbstbewusstsein, sich den eigenen Platz in der Gesellschaft zu suchen und den eigenen Weg zu gehen. Aus dem integrativen Blickwinkel ist die Kombination aus Sprachkurs und Empowerment sehr zu begrüßen.

Angeregt wurde im Rahmen der Rückmeldung an das Leader-Fördermittelkomitee, für die Empowerment-Workshops die kommunale Gleichstellungsbeauftragte/Koordinatorin Migration-Integration der Stadt Georgsmarienhütte einzubeziehen.

Die beantragten Mittel der Katholischen Landvolkhochschule belaufen sich auf 750,00 Euro für die beiden Workshops. Die Summe ist der festgelegte Anteil an öffentlichen Geldern, um die restlichen Fördermittel über Leader beantragen zu können.

4. Rückblick Ferienpass und Schulferienbetreuung 2023 Vorlage: MV/026/2023

Es liegen keine Wortmeldungen vor.

5. Finanzielle Unterstützung für die dezentrale Flüchtlingssozialarbeit - Antrag der Caritas Vorlage: BV/194/2023

Die Gleichstellungsbeauftragte, Susanne Häring, erläutert die vorliegende Vorlage zum Antrag der Caritas auf finanzielle Unterstützung der dezentralen Flüchtlingssozialarbeit.

Dabei stellt sie heraus, dass seit dem Jahr 2016 die dezentrale Beratung/Flüchtlingssozialarbeit in der Stadt Georgsmarienhütte durch verschiedene Fördertöpfe finanziert wurde.

Auch der Landkreis Osnabrück hatte sich finanziell an dem Angebot beteiligt. In den letzten zwei Jahren hat der Landkreis Osnabrück diese Mittel aber nicht mehr direkt zur Verfügung gestellt, sondern erlaubt, dass die Förderung des Angebots über die Mittel finanziert werden, die den Kommunen im Rahmen der Zielvereinbarung Migration-Integration vom Landkreis Osnabrück überlassen werden. Diese Zusage ist mit der Fördermittelzusage vom Juli 2023 widerrufen worden. Somit fehlen Mittel in Höhe von rund 4.500,00 €.

Es gebe immer mehr Personen mit Problemen, die nicht mehr in der Gemeinschaftsunterkunft leben und auf sich allein gestellt sind.

Ausschussmitglied Frau Rosemann spricht sich für die SPD/FDP Fraktion aus, und möchte die Arbeit auf jeden Fall unterstützen. Auch nach Auszug aus der Unterkunft in die Eigenständigkeit, seien die Geflüchteten auf diese Hilfe angewiesen.

Ausschussmitglied Herr Welkener spricht sich ebenfalls für die Unterstützung der Arbeit aus.

Ausschussmitglied Frau Petzille führt aus, dass auch für Ihre Fraktion eine Unterstützung dieser Arbeit sehr wichtig sei, um eine vielfältige und starke Gemeinschaft zu werden. Bei dieser Gelegenheit möchte sie der Caritas ein Dankeschön aussprechen.

Der Ausschussvorsitzende, Herr Krüger, lässt über den vorliegenden Beschlussvorschlag abstimmen.

Folgende Beschlussempfehlung wird einstimmig gefasst:

Mit dem Caritasverband für Stadt und Landkreis Osnabrück wird ein Vertrag über Beratung dezentral wohnender Geflüchteter in der Stadt Georgsmarienhütte im Umfang von 12 Stunden pro Monat geschlossen.

**6. Änderung der Richtlinien für die Herausgabe des Georgsmarienhütter Familienpasses und des Georgsmarienhütter Hüttenpasses ab 01.01.2024
Vorlage: BV/206/2023**

Herr Von der Heide erläutert die Beschlussvorlage. Es wurden redaktionelle Änderungen vorgenommen. Im Jahr 2017 wurde beschlossen, dass Menschen, die keine Sozialleistungen erhalten, da das Einkommen geringfügig die Einkommensgrenze überschreiten, einen Anspruch auf einen Familienpass haben sollen. Dafür wurden entsprechende Einkommensgrenzen festgelegt. Durch die Umsetzung der Wohngeldreform 2023 wurden die Einkommensgrenzen deutlich angehoben, so dass nun wesentlich mehr Menschen einen Wohngeldanspruch haben und damit auch einen Anspruch auf Leistungen des Familien- bzw. Hüttenpasses. Eine explizite Ausweisung von Einkommensgrenzen oberhalb der Einkommensgrenze des Wohngeldgesetzes ist durch die Erhöhung dieser im Rahmen der Wohngeldnovelle 2023 hinfällig geworden.

Ausschussmitglied Herr Welkener erkundigt sich, wo Leistungen nach Bildung und Teilhabe (BuT) beantragt werden können. Herr Von der Heide erklärt, dass Empfänger von Leistungen der Grundsicherung nach SGB XII bzw. nach dem Asylbewerberleistungsgesetz einen BuT-Antrag im Rathaus stellen können. Empfänger von Bürgergeld können ihren Antrag bei der Maßarbeit in Georgsmarienhütte stellen. Herr Welkener fragt nach, ob die Antragsstellung einfach zu bewerkstelligen sei. Herr Von der Heide führt aus, dass die Mitarbeitenden im Rathaus und der Maßarbeit Hilfestellung geben können.

Ausschussmitglied Frau Spreckelmeyer weist darauf hin, dass die Beantragung von sozialen Leistungen ein mit Scham besetztes Thema sei. Familien sollten daher noch einmal z. B. über einen Artikel im Blickpunkt darauf aufmerksam gemacht werden, dass ein Anspruch auf diese Leistungen besteht.

Folgende Beschlussempfehlung wird einstimmig bei 1 Enthaltung gefasst:

Die Richtlinien für die Herausgabe des Georgsmarienhütter Familienpasses und des Georgsmarienhütter Hüttenpasses werden in der vorliegenden Fassung beschlossen.

**7. Entwurf des Budgets 2024 für den Fachbereich III, Teilhaushalte Bildung, Sport, Soziales und Jugend
Vorlage: MV/021/2023**

Der Ausschussvorsitzende Herr Krüger erteilt zunächst Frau Schulenberg-Roth das Wort. Sie bedankt sich dafür, dass der Antrag der AWO Kindertagesstätte zur Erhöhung der Verfügungsstunden noch einmal auf die Tagesordnung genommen wurde und gibt ihrer Hoffnung Ausdruck, dass eine positive Entscheidung getroffen wird.

Im Weiteren werden die Einzelpositionen aus Ergebnis- und Finanzhaushalt aufgerufen.

ERGEBNISHAUSHALT

211.01 Grundschulen

- Schulsozialarbeit, 54.000,00 € – **einstimmig** 13 Ja-Stimmen
- Lizenzen für digitale Lernprogramme, 13.500,00 € – **einstimmig** 13 Ja-Stimmen

212.01 Hauptschulen

- Ersatzmittel Hauptschulprofilierung, 26.000,00 € – **einstimmig** 13 Ja-Stimmen

270.01 Volksbildung

- Anpassung der Betriebskosten, 23.668,00 € – **einstimmig** 13 Ja-Stimmen

365.01 Tageseinrichtungen für Kinder

- Anpassung der Betriebskosten, 950.000,00 € – **einstimmig** 13 Ja-Stimmen

Ausschussmitglied Frau Rosemann erkundigt sich, warum eine so hohe Summe zusätzlich in den Haushalt eingestellt werden muss. Fachbereichsleiterin Frau Happe erklärt, dass die Haushaltspläne 2024 für alle Kindertagesstätten vorliegen, aus denen sich der städtische Zuschuss errechnet. Gemäß Vertrag ist die Stadt verpflichtet, die kalkulierten Mittel zur Verfügung zu stellen. Nach Ablauf des Haushaltsjahres erfolgt eine Abrechnung auf Grundlage der IST-Kosten. Ziel ist es, möglichst geringe Defizite entstehen zu lassen. Überzahlungen werden zurückgefordert.

- Erhöhung der Verfügungsstunden, 415.000,00 € – in den Finanzausschuss verwiesen, **einstimmig** 13 Ja-Stimmen

Ausschussmitglied Frau Kaulingfrecs erkundigt sich, für wie viele Stunden die Summe von 415.000,00 € vorgesehen wäre. Fachbereichsleiterin Frau Happe erklärt, dass die Kalkulation der Mehrkosten eine Erhöhung von 7,5 auf 12 Stunden Verfügungszeit in den Gruppen aller 11 Kindertagesstätten in Georgsmarienhütte vorsieht und sich am Rahmenvertrag des Landkreises orientiert, der - abhängig von der Gruppenart - Obergrenzen bei den Verfügungszeiten definiert, die für Regelgruppen im Kindergartenbereich 12 Stunden pro Woche betragen. Sie weist darauf hin, dass gemäß Ratsbeschluss aus März 2021 alle Kindertagesstätten in Georgsmarienhütte einheitlich zu behandeln sind und sich daher auch bei allen anderen Einrichtungen finanzielle Auswirkungen ergeben würden, wenn dem Antrag entsprochen würde. . Dieses gilt auch für die katholischen Kindertagesstätten, die bereits eine Verfügungszeit von 12 Stunden pro Woche in den Regelkindergartengruppen haben. Die ungedeckten Kosten der über den gesetzlichen Mindeststandard von 7,5 Stunden hinausgehenden Verfügungsstunden werden zurzeit vom BGV finanziert. Das BGV hat aber bereits angekündigt, diese eigene Förderung einzustellen, wenn und soweit die Stadt Georgsmarienhütte weitere Verfügungsstunden anerkennt und finanziert, d. h. auch hier müsste die Stadt die Mehrkosten künftig übernehmen. Eine Aussage von Frau Winneke aus der letzten Sitzung möchte sie außerdem noch klarstellen. Die Gemeinde Bissendorf gewährt aktuell 10 Stunden pro Woche in den Regelgruppen der Kindergärten Verfügungszeit auf der Grundlage von bestehenden Verträgen.

Ausschussmitglied Frau Spreckelmeyer unterstützt eine Erhöhung auf 12 Stunden, würde aber auch einen Kompromiss von 10 Stunden wie bereits in der letzten Sitzung angesprochen mitgehen. Wichtig sei es, die Leistung der Mitarbeiter*innen in den Kindertagesstätten anzuerkennen und gute Arbeitsbedingungen zu schaffen.

Ausschussmitglied Herr Flaßpöhler stimmt Frau Spreckelmeyer zu. In der CDU-Fraktion wurde der Antrag eingehend besprochen. Dabei hat sich gezeigt, dass Unsicherheiten bei der Finanzierung bestehen. Es wird befürchtet, dass die bestehenden Verträge einseitig in Frage gestellt würden.

Ausschussmitglied Herr Welkener sieht die Notwendigkeit für eine Erhöhung der Verfügungszeiten gegeben. Eine gute Betreuung der Kinder sei am wichtigsten.

Ausschussmitglied Frau Kaulingfrecks schließt sich dem an. Für sie sind 12 oder 10 Stunden denkbar.

Frau Spreckelmeyer fragt sich, ob eine Änderung der bestehenden Verträge tatsächlich so aufwendig wäre. Frau Happe geht kurz auf die rechtliche Seite ein. Nach langen Jahren der Verhandlungen über Defizitverträge bestehen nun erstmalig seit 01.08.2023 mit allen Trägern von Kindertagesstätten in Georgsmarienhütte einheitliche Verträge. Die Verträge regeln, dass die Stadt Kosten des Fachpersonals im Rahmen der gesetzlichen Mindeststandards fördert. Höhere Standards sind vertraglich möglich, wenn und soweit die zusätzlichen Kosten vom Träger oder von Dritten finanziert werden. Das Erhöhen der Verfügungszeiten bedeutet den Abschluss eines Änderungsvertrages. Der Änderung müssen grundsätzlich immer beide Vertragsparteien mit Unterschrift zustimmen, sonst bestünde keine Einheitlichkeit mehr. Fraglich bleibt, ob diese Vertragsänderung dazu führt bzw. genutzt wird, dass weitere Änderungswünsche von einem Träger in die Diskussion gestellt und in die Verhandlung eingebracht werden.

Ausschussmitglied Frau Rosemann weist darauf hin, dass nicht nur die AWO-Kindertagesstätte höhere Verfügungszeiten fordere. Sie schlägt vor, über eine Erhöhung von 10 oder 12 Stunden abzustimmen.

Ausschussmitglied Herr Krüger stellt fest, dass kein Konsens über den Antrag besteht. Er schlägt daher vor, in der heutigen Sitzung keine Beschlussempfehlung auszusprechen, sondern die Entscheidung in den Finanzausschuss zu verweisen.

Der Fachausschuss verweist den Antrag einvernehmlich ohne Abstimmung und ohne Beschlussempfehlung an den Finanzausschuss.

- Investitionszuschüsse, 100.000,00 € – **einstimmig** 13 Ja-Stimmen
- Schaffung zusätzlicher Gruppen, 175.000,00 € – **einstimmig** 13 Ja-Stimmen
Herr Dreier informiert, dass das Regionale Landesamt für Schule und Bildung seine grundsätzliche Zustimmung zum Vorhaben signalisiert habe. Weitere Abstimmungen mit der Schulleitung zu den Räumen und deren Herrichtung müssen noch erfolgen. Die im Haushaltsplan veranschlagten Mittel umfassen die Personal- und Sachkosten für den Betrieb ab August bis Dezember 2024 sowie für die Ausstattung mit Mobiliar.

421.01 Sportförderung durch Zuschüsse

- Zuschuss TC Georgsmarienhütte, 4.000,00 € – **einstimmig** 12 Ja-Stimmen, 1 Enthaltung

Ergebnishaushalt insgesamt – **einstimmig** 13 Ja-Stimmen

FINANZHAUSHALT

- I09-99-003 Bewegl. Vermögensgegenstände Realschule, Tafeln, 25.000,00 – **einstimmig** 13 Ja-Stimmen
- I09-22-007 Sanierung KRP Carl-Stahmer-Weg, 70.000,00 € - verschoben in das Haushaltsjahr 2025, **mehrheitlich gefasst** 6 Ja-Stimmen, 5 Nein-Stimmen, 2 Enthaltungen
Ausschussmitglied Herr Welkener fragt sich, ob die veranschlagten Kosten auskömmlich für eine Sanierung wären. Herr Dreier erklärt, dass es sich hierbei nur um die Planungskosten handele und die Sanierung im Folgejahr geplant würde.

Ausschussmitglied Frau Petzille bittet um nähere Erläuterungen zur Gesetzeslage. Herr Dreier führt aus, dass der Handel bestimmter Kunststoffprodukte in der EU untersagt wird.

Ab 2031 wird das in den Kunstrasenplätzen der Stadt verwendete Granulat daher nicht mehr verkauft. Erfahrungsgemäß muss auf den Plätzen alle zwei bis drei Jahre Granulat nachgefüllt werden. Derzeit gibt es noch drei Kunstrasenplätze in Georgsmarienhütte, die aufgrund der zu erwartenden Nutzungsdauer von durchschnittlich 15 Jahren bis 2031 zur Sanierung anstehen. Die Fachabteilung schätzt, dass bis zum Verkaufsstopp des Kunststoffgranulats die Preise hierfür steigen und die Verfügbarkeit abnehmen werde. Daher wäre es wirtschaftlich sinnvoll, zum Ablauf der geschätzten Lebensdauer eine Sanierung anzusetzen, bei der neben reiner Sandverfüllung auch anderes Material zur Verfüllung wie z. B. Kork oder Olivenkerne eingebracht werden könnte. Dabei ist zu beachten, dass pro Platz ein Jahr Planung und ein Jahr Umsetzung notwendig seien. Somit liege der Zeitplan für alle drei Plätze bei insgesamt sechs Jahren.

Frau Petzille spricht sich für eine Verschiebung ins Jahr 2025 aus. Die Umsetzung habe keine Priorität vor den Maßnahmen an Schulen und Kindertagesstätten. Die Planung sollte außerdem extern vergeben werden. Sie fragt sich, ob die Sanierungsplanung aller drei Plätze nicht zusammengefasst werden könnte, um Zeit zu sparen.

Ausschussmitglied Frau Kaulingfrecks weist darauf hin, dass sich die Kunstrasenfasern ebenfalls abnutzen. Sie fragt, ob es hierzu auch neue Regelungen geben wird. Herr Dreier erklärt, dass diese Abnutzung nach Auffassung der EU-Kommission vernachlässigbar sei.

Ausschussmitglied Herr Welkener bringt seine Verärgerung darüber zum Ausdruck, dass diese Entwicklungen bereits 2008 vorhergesagt wurden. Er spricht sich dafür aus, wieder Rasenplätze zu schaffen.

Ausschussmitglied Frau Spreckelmeyer fragt nach, ob bei einem Verschieben der Planung ins Jahr 2025 alle drei Plätze gemeinsam geplant werden könnten und ob in der Verwaltung die dafür erforderlichen personellen Kapazitäten vorhanden sind. Herr Dreier führt aus, dass die Zuständigkeit bei der Sportabteilung liegt. Projekte im Bereich Schulen oder Kindertagesstätten liegen beim ZGM. Ein Verschieben nach 2025 würde daher keine Entlastung bringen. Von einer gleichzeitigen Planung für alle drei Plätze rät er ab, da der Sachverhalt zu umfangreich und komplex sei. Die bauliche Umsetzung von Planungen erst Jahre später sei außerdem nicht sinnvoll, da dies zu planerischem Mehraufwand und damit zu Mehrkosten führe. Fachbereichsleiterin Frau Happe ergänzt, dass die Planung und Umsetzung von Sanierungen in diesem Bereich immer extern vergeben werden.

Ausschussmitglied Herr Obermeyer erkundigt sich, ob eine Stilllegung der Plätze drohe, wenn bis 2031 nicht saniert werde. Frau Happe erklärt, dass die Plätze Bestandsschutz hätten. Eine Stilllegung wird nicht erforderlich, solange die Plätze verkehrssicher sind.

Ausschussmitglied Herr Rathsmann fragt sich, ob die Planung eines Platzes auf die anderen übertragen werden könne. Frau Happe weist darauf hin, dass der Kunstrasenplatz Carl-Stahmer-Weg für Fußball und Hockey genutzt wird und somit eine andere bzw. besondere Anforderung an den Platz bestehe. Es habe bereits nach dem Bau des Kunstrasenplatzes erhebliche Probleme und ein Klageverfahren gegeben. Zudem habe der Hockeyverein einen Antrag auf Installation einer Bewässerungsanlage bei Sanierung des Platzes gestellt. All dies mache einen Vergleich zu anderen Kunstrasenplätzen unmöglich.

Frau Kaulingfrecks fragt, ob anstelle der Kunstrasenplätze nicht Naturrasenplätze geschaffen werden könnten. Frau Happe entgegnet, dass diese Möglichkeit mit den Vereinen zu diskutieren wäre. Da Naturrasenplätze im Winterhalbjahr kaum bespielbar sind, würde dies zu einer vermehrten Nachfrage nach Hallenzeiten führen. Insgesamt sei dies ein schwieriges Thema.

Herr Welkener weist darauf hin, dass auch ein Kunstrasenplatz bewässert werden müsse. Ein mit Schnee bedeckter Kunstrasenplatz dürfe ebenfalls nicht bespielt werden. Seiner

Überzeugung nach würde dies aber dennoch praktiziert. Herr Dreier stellt fest, dass Kunstrasenplätze bei Schnee und Eis nicht bespielt werden können und die Platzwarte die Plätze sperren müssten. Grundsätzlich bieten sie aber im Winterhalbjahr eine höhere Nutzungsmöglichkeit als Naturrasenplätze. Im Sommer verbraucht die Bewässerung eines Naturrasenplatzes zudem deutlich mehr Wasser. Vor dem Hintergrund des Klimawandels und steigender Temperaturen wird Bewässerungsmanagement auf Naturrasensportplätzen für Kommunen und Sportvereine zunehmend ein großes Thema. Es wurden vom regionalen Wasserversorger auch bereits Beregnungsverbote ausgesprochen. Ein Rasenplatz ohne Bewässerung kann jedoch nicht bespielt werden, weil dadurch die Grasnarbe zerstört würde.

- I09-22-008 Rasensportplatz Glückauf, 85.000,00 € – **einstimmig** 13 Ja-Stimmen
- I19-24-001 Zuschuss Umbau Jugendheim Edith-Stein-Haus, 10.000,00 € – **einstimmig** 12 Ja-Stimmen, 1 Enthaltung
- Sanierung Außenbereich Kita St. Michael, 200.000,00 € – **einstimmig** 13 Ja-Stimmen
- Anbau Kita St. Michael, 60.000,00 € – **einstimmig** 13 Ja-Stimmen

Finanzhaushalt insgesamt – **einstimmig** 10 Ja-Stimmen, 3 Enthaltungen

**7.1. Entwurf des Budgets 2024 für den Fachbereich III,
Teilhaushalte Bildung, Sport, Soziales und
Jugend/Ergänzung
Vorlage: MV/021/2023/1**

siehe TOP 7

8. Beantwortung von Anfragen

Es liegen keine Anfragen vor.

9. Anfragen

9.1. Treppenstufen an der Antoniusschule

Ausschussmitglied Frau Kaulingfrecks erkundigt sich nach dem Stand der Sanierung der Treppenanlage vor der kleinen Turnhalle der Antoniusschule. Diese sei auf der Mängelliste der Schulleitung aufgelistet worden.

Antwort der Verwaltung:

Frau Happe berichtet, dass die Treppenanlage an dieser Stelle als Notausgang der Turnhalle dient und die Sanierung bereits in das Bauunterhaltungsprogramm 2024 aufgenommen worden sei.

9.2. Weiterleitung von Anträgen der CDU-Fraktion zum Haushalt

Ausschussmitglied, Herr Flaßpöhler, erkundigt sich nach den Anträgen der CDU Fraktion zum Haushalt 2024. Die Anträge bezüglich des Gutachtens für die Graf-Ludolf-Schule und die Aufstockung des Bauunterhaltungsprogramms seien zudem dem Fachbereich III zuzuordnen, aber nicht Inhalt der Haushaltsvorlage.

Antwort der Verwaltung:

Fachbereichsleiterin Frau Happe erläutert, dass die beiden Anträge für den Fachbereich III in die Zuständigkeit des ZGM fallen und somit in den Finanzausschuss am 05.12.2023 eingebracht werden. Die Versendung von Anträgen zum Haushalt 2024, die nicht in die Zuständigkeit des Fachbereiches III fallen, an die Ratsmitglieder liegt grundsätzlich in der Zuständigkeit der Stabsstelle der Bürgermeisterin.

Der Vorsitzende schließt die Sitzung und bedankt sich bei den Teilnehmern für die Mitarbeit.

Krüger
Vorsitz

i. A. Bürgermeisterin

Willebrand Seifart
Protokollführung